SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Schlangen

SPD-Fraktion Schlangen • Sprottauer Straße 10 • 33189 Schlangen

An die
Gemeinde Schlangen
Der Bürgermeister
Kirchplatz 6
33189 Schlangen

Fraktionsvorsitz:
Michael Zans
Sprottauer Straße 10
33189 Schlangen
Telefon 05252 83294
michael.zans@t-online.de

16.04.2026

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

der vorliegende Haushaltsentwurf für das Jahr 2026 weist in mehrfacher Hinsicht besondere Herausforderungen auf. Hervorzuheben ist insbesondere die prognostizierte Verschuldung, die eine bislang nicht erreichte Größenordnung annimmt.

1

Allein im laufenden Jahr erhöhen sich die Verbindlichkeiten um mehr als 8 Millionen Euro. Bereits im Vorjahr war ein Anstieg in vergleichbarer Höhe zu verzeichnen. Innerhalb von zwei Jahren haben sich die Schulden der Gemeinde Schlangen damit verdoppelt. Eine Entwicklung in dieser Dimension ist neu und kann und darf so nicht fortgeführt werden.

Darüber hinaus ist festzustellen, dass die allgemeine Rücklage, die ursprünglich über 6 Millionen Euro lag, inzwischen vollständig aufgebraucht ist.

Für die SPD-Fraktion wurde bei Einbringung des Haushalts deutlich, dieser Entwurf ist in der vorliegenden Form nicht zustimmungsfähig. Ein Haushalt im Rahmen der Haushaltssicherung muss zwingend, als Sparhaushalt ausgestaltet, sein – hierzu gibt es keine Alternative.

Im vorliegenden Entwurf ist jedoch keine konsequente Sparausrichtung erkennbar. Im Gegenteil: Kurz nach Einbringung wurden dem Rat zusätzliche Ausgaben im sechsstelligen Bereich vorgelegt. Dabei sollte ein grundlegendes Prinzip für den Haushalt gelten: Gerade im Rahmen eines Haushaltssicherungskonzepts dürfen nur Mittel verausgabt werden, die tatsächlich zur Verfügung stehen. Zudem ist die aufgezehrte Ausgleichsrücklage wieder aufzubauen. Haushaltsüberschüsse sind dieser Rücklage zuzuführen und dürfen nicht für neue Ausgaben verwendet werden.

Dies führt zwangsläufig zu Einschränkungen im Handlungsspielraum – eine Tatsache, der sich die SPD-Fraktion bewusst ist.

Leider zeigt sich, dass dieses Verständnis in Teilen der Verwaltung nicht ausreichend verankert ist. Umso mehr ist der Rat gefordert, durch eine kritische Prüfung von Investitionen und Ausgaben Verantwortung zu übernehmen.

Die ursprünglich geplante Kreditaufnahme ist weder realistisch noch verantwortungsvoll. In der Präsentation im Februar hat die Kämmerin nachvollziehbar dargelegt, dass Investitionen maximal in Höhe der Abschreibungen erfolgen sollten, die Obergrenze liegt bei rund 4 Millionen Euro.

Umso unverständlicher ist es, dass der Haushaltsentwurf Investitionen in Höhe von etwa 7 Millionen Euro vorsieht und damit deutlich über dieser Grenze liegt. Der Eindruck bleibt, die Haushaltsplanung erfolgte unter dem Leitgedanken: Ausgaben sind problemlos möglich, zumal es sich ja nur um fremdes Geld handelt.

Die Aufstellung eines Sparhaushalts ist zweifellos keine spannende Aufgabe. Deshalb erfordert die finanzielle Lage eine konsequente Priorisierung und Reduzierung der Ausgaben. Ziel der SPD-Fraktion war es daher, insbesondere die Investitionen und die damit verbundenen Kreditaufnahmen deutlich zu verringern.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen ist es gelungen, die neuen Investitionskredite um 1,36 Millionen Euro zu reduzieren. Dies entspricht einer Kürzung von 28,9 Prozent der geplanten Kreditaufnahme. Zusätzlich wurden Sperrvermerke in Höhe von etwas über 1 Million Euro gesetzt, über deren Verwendung der Rat gesondert entscheiden wird. Die Gesamtsumme beläuft sich somit auf rund 2,4 Millionen Euro.

Ein Haushaltssicherungskonzept darf sich jedoch nicht ausschließlich auf Ausgabenkürzungen beschränken. Auch die Einnahmenseite ist kritisch zu betrachten. Die SPD-Fraktion hat dabei deutlich gemacht, dass Steuererhöhungen erst dann in Betracht gezogen werden können, wenn zuvor substanzielle Einsparungen vorgenommen wurden. Diese Einsparungen haben wir erzielen können.

Grundsätzlich sprechen wir uns gegen eine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer aus. Angesichts der Haushaltssicherung ist jedoch festzuhalten, dass entsprechende Maßnahmen zur Sicherstellung eines genehmigungsfähigen Haushalts notwendig sein können, diese werden in der Haushaltssicherung auch verbindlich erwartet.

Vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen Lage und steigender Inflation wäre es aus unserer Sicht sinnvoll, insbesondere die Gewerbesteuer zu senken, um die lokale Wirtschaft zu entlasten. In einem Haushaltssicherungskonzept ist eine solche Maßnahme jedoch nicht vorgesehen, im Gegenteil.

Der nun überarbeitete Haushaltsentwurf stellt einen klassischen Kompromiss dar, dem wir zustimmen können. Kompromisse sind ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Entscheidungsprozesse.

Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass wir uns weitergehende Kürzungen gewünscht hätten, nun, ein Kompromiss ist eben ein Kompromiss. Wenn wir heute nun diesem Haushaltskompromiss zustimmen, dann haben wir einen kleinen Hügel überwunden. Allerdings türmt sich jetzt vor uns ein riesiges Gebirge auf. Die Herausforderungen werden in den kommenden Jahren ungleich größer.

Für die SPD-Fraktion war zudem noch bedeutsam, dass zentrale Aufgaben im Haushalt weiterhin berücksichtigt werden:

- Der Bevölkerungsschutz, insbesondere die Finanzierung der Feuerwehr, bleibt gewährleistet.
- Die Mittel für die Grundschulen sind weiterhin im Haushalt enthalten.
- Auch der Bauhof als Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge wird berücksichtigt.

Ein Haushalt im Rahmen der Haushaltssicherung erfordert in den kommenden Jahren eine klare Prioritätensetzung. Die im Haushaltssicherungskonzept formulierte Zielsetzung, Partikularinteressen bei Investitionen zu vermeiden, wird von uns ausdrücklich unterstützt.

Für uns setzen wir folgende Schwerpunkte:

1. der Bevölkerungsschutz hat oberste Priorität. Dazu zählt insbesondere die Feuerwehr. Die Finanzierung der geplanten neuen Feuerwache ist derzeit jedoch nicht gesichert. Hier besteht dringender Handlungsbedarf in Form einer belastbaren Finanzplanung. Ein entsprechender Antrag wird zeitnah eingebracht. Zudem ist zu klären, wie die aktuellen Feuerwehrstandorte ihre Funktion als zentrale Anlaufstellen in Notfällen weiterhin erfüllen können, wenn diese Gebäude leerstehen. Diese sind beim Kreis Lippe aufgeführt. Die Leuchttürme sind Anlaufstellen zur Information für unsere Bürger, wenn der Strom ausgefallen ist oder die normalen Kommunikationsmittel wie Mobiltelefon, Telefon, Internet nicht zur Verfügung stehen.
2. die Sicherung der bestehenden Infrastruktur ist ein zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge. Der Erhalt vorhandener Strukturen muss stets Vorrang haben.

Ein Beispiel verdeutlicht die aktuelle Situation: Für Spielgeräte war ursprünglich ein Betrag von 60.000 Euro für einen einzelnen Spielplatz vorgesehen. Aufgrund notwendiger Rückbauten auf anderen Spielplätzen muss dieser Betrag nun auf mehrere Standorte verteilt werden. Dies zeigt deutlich die Herausforderungen eines Haushalts mit begrenzten finanziellen Mitteln.

In den kommenden Jahren wird es keine Ausweitung von Leistungen geben können. Wunschprojekte lassen sich unter den gegebenen Rahmenbedingungen nicht realisieren.

Bedauerlicherweise ist festzustellen, dass die Verwaltung in den vergangenen Jahren beschlossene Konzepte als verbindliche Umsetzungsaufträge bewertet hat und entsprechend handelt. Als SPD sehen wir es so, ein Konzept stellt zunächst eine Planungsgrundlage dar und keinen automatischen Umsetzungsbeschluss in allen Punkten. Das Vorgehen der Verwaltung birgt somit die Gefahr, die Gemeinde finanziell zu überfordern.
Schließen möchte ich mit einem Zitat von Willy Brandt:

„Politik ist nicht die Kunst des Wünschbaren, sondern die Kunst des Möglichen."

Michael Zans

(Fraktionsvorsitzender)

Es gilt das gesprochene Wort